

Kurt Edler

## **Hasspolitik heute und die Antwort der Grünen**

*Ausformulierung eines Eingangsvortrags und ergänzender Bemerkungen auf der Veranstaltung „Auf'n Slam mit Katharina Fegebank - Poetry Slam gegen Rechts“ der Grünen in Hamburg-Bergedorf am 30. Januar 2020*

### **Rechtspopulismus im Internet: „Wortergreifung“ in *digitalen* Räumen**

Wir müssen unser gewohntes Bild von den Rechten überprüfen. Die alte NPD-Parole von der „Wortergreifung“ und dem Kampf um „Köpfe, Straßen, Parlamente“ wird vom Rechtspopulismus und -extremismus heute sehr wirksam im Internet realisiert. Das sage ich an diesem Datum, einem dreißigsten Januar, mit besonderem Nachdruck. Die AfD ist ebensowenig ein Stammtischprodukt. Sie ist in Facebook-Foren von ganz wenigen Leuten aufgebaut worden, gewissermaßen aus der Retorte. Auch die britische „Leave“-Bewegung, die ja ihr Ziel mit dem „Brexit“ morgen leider erreicht hat, und der Wahlsieg Donald Trumps sind ohne die Instrumente digitaler Massen-Hysterisierung nicht möglich gewesen. Die TBC-Parole der UKIP-Partei von Nigel Farage („Take Back Control“) spekulierte erfolgreich darauf, die angebliche Demütigung der stolzen Briten durch eine sie drangsaliierende EU rückgängig zu machen. Plattformen in den Social Media ermöglichen die Umgehung seriöser Berichterstattung, deren Wirkung immer auch Gegeninformation und Mäßigung von Emotionen ist. Die persönliche Bindung von 70 Millionen Followers an den US-Präsidenten ist so machtvoll, dass man sich an die Gleichschaltung der Medien nach dem 30. Januar 1933 in Deutschland erinnert fühlt. Die pauschale Beschimpfung der Journalisten als „schlechte Menschen“ und die Abschaffung der täglichen Pressekonferenz des Weißen Hauses (!) sind für eine Demokratie beispiellose Vorgänge. Dass Boris Johnson jetzt der altehrwürdigen BBC an den Kragen gehen will, lässt Schlimmes befürchten.

### **Die AfD-Strategie der Aufmerksamkeitserregung - Tabubruch von rechts**

Wir Grünen waren mal, in der alten Bundesrepublik, die Tabubrecher und haben in den Parlamenten ab 1978 die Fragen gestellt, die niemand hören wollte. Heute müssen wir erkennen, dass es von rechts eine äußerst wirksame Strategie des Tabubruchs gibt, der durch die digitale Multiplikation sofort massenhafte Aufmerksamkeit erzielt. Leute wie Höcke und Gauland mit ihren kalkuliert relativierenden Bemerkungen zum Hitler-Regime und zum Holocaust stehen für den Bruch mit einem Respekt vor den Millionen Opfern des NS-Terrors.

Unser politisch-moralischer Standort ist hier ganz eindeutig. Die Grünen stehen für die streitbare Demokratie. Wir sind stolz darauf, dass es in keinem Land der Welt in Verfassung und Strafgesetzen so viele Vorkehrungen gegen die Wiederkehr des Totalitarismus gibt wie bei uns. Das gilt übrigens nicht nur für die völkisch-nationalistische Spielart des Extremismus, auch wenn von ihr zweifellos im europäischen Kontext - denken wir nur an Ungarn und Polen - die größte Gefahr ausgeht. Der demokratische

Verfassungsstaat und die offene Gesellschaft stehen unter Druck; gerade uns Grünen wird zugetraut, ihre Werte und Grundlagen zu verteidigen, weil wir eben nicht, wie das bürgerlich-konservative Spektrum, mit dem Nationalismus liebäugeln, aber ebensowenig unsere Wählerbasis mit linkspopulistischen Sprüchen bei Laune halten müssen.

## **Frust, Wut, Hass und Gewalt**

Gerade im Wahlkampf machen wir aber die Erfahrung, dass Leute aufgewühlt an unseren Stand kommen und, wenn sie Begriffe wie Demokratie oder Politik hören, sofort hochgehen. Mein Tipp wäre hier: Lasst uns nicht gleich so komplex einsteigen. Reden wir mit ihnen darüber, wo sie der Schuh drückt. Manchmal kommt man dann über Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit oder Frieden leichter ins Gespräch.

Berechtigter Frust, aber auch vages Unbehagen oder Lebensängste können sich zur Wut steigern, und Wut kann in Hass umschlagen, der gegen Personen oder Gruppen gerichtet ist. Wenn dann eine Bereitschaft zur Gewaltanwendung hinzukommt und diese womöglich noch ideologisch gerechtfertigt wird, wird es ganz problematisch.

Ich empfehle sehr, beim Politikmachen die Theorie Martha Nussbaums über politische Emotionen zu Rate zu ziehen<sup>1</sup>. Angst, Abscheu, Neid, Ekel und andere Gefühle sind menschlich; aber in die Sphäre der Politik eingedrungen und dort ausgeschlachtet, können sie unmenschliche Folgen haben. Es ist für mich selbst erstaunlich, dass ich vor euch auf einer politischen Veranstaltung sage: Es geht um Hass, also geht es uns auch um *Liebe*. Unsere Sache als Grüne ist die Menschenliebe, und wir müssen klarstellen, dass es Demokratie ohne sie nicht gibt. Die großen Demonstrationen im letzten Sommer in Hamburg zur Seebrücke und zur Einigkeit gegen den Rassismus („Solidarity“) waren Demonstrationen der Liebe, deshalb auch ohne Hasskappen. Bei „Fridays for Future“ ging es nicht um identitäre Selbstaufwertung und implizite Abwertung aller anderen (nach Unterscheidungskriterien wie Religion, Gender, Nation oder Ethnie), sondern um das Überleben der ganzen Menschheit.

## **Erfahrungen aus der Extremismusprävention**

Thomas Krall hat mit einer kleinen Ausstellung hier im Foyer der „Lola“ an die Macheschaften der Neonazis während der letzten 40 Jahre in Lohbrügge und Bergedorf erinnert. Und in der Tat gibt es keine politische Kompetenz, sich mit den Rechten auseinanderzusetzen, ohne Erinnerung und Geschichtswissen.

Wenn man die Fotos da so sieht, von Kühnen, Worch, Wulff und ihren Kameraden, die aggressive Phalanx und der hochgereckte Arm, bekommt man ein Bild vermittelt, an das wir nicht glauben dürfen: das der Geschlossenheit. In Wirklichkeit gibt es bei einer Nazi-Kameradschaft wie bei einer kriminellen Gang immer solche und solche. Manche machen überzeugt mit, manche sind mit gemischten Gefühlen dabei, und manche würden am liebsten aussteigen, haben aber Angst vor der Rache der Gruppe.

Katharina Fegebank hat hier auf dem Podium daran erinnert, dass wir bei der GAL - wie sie damals ja noch hieß - schon vor fünfzehn Jahren über die Frage diskutiert haben, ob man mit Rechten *reden muss*. Aber natürlich muss man das! Prävention

---

<sup>1</sup> Martha C. Nussbaum: Politische Emotionen. Warum Liebe für Gerechtigkeit wichtig ist. Berlin (Suhrkamp) 2014.

kann doch kein bloßes Reden *über* Rechte sein, wenn sie etwas in den Köpfen der Radikalisierungsgefährdeten verändern soll. Das wäre ja wie Suchthilfe ohne Alkoholiker.

Ich bin Mitglied in einem Siebenpersonenverein, den wir vor zwei Jahren in Stockelsdorf bei Lübeck gegründet haben. Er heißt „Extremislos e.V.“, und unser Geschäftsführer ist Philip Schlaffer, der vor Jahren als Kameradschaftsführer mit seinem Trupp Wismar unsicher gemacht und einige Jahre im Knast gesessen hat. Er macht auf seinem Youtube-Kanal „Rechte - Rotlicht - Rocker“ vor, wie man mit Rechten redet und sie nachdenklich machen kann. Er packt alles auf den Tisch: wie es einem in der Gefängniszelle geht, Schicksale von Opfern, Gewalt von Kameraden, - und im Lifestream kommen dann die Kommentare aus dem Off. Aber nicht nur rechte. Und dann gibt es Dialoge, Anmachen untereinander, Widersprüche und Bedenken. Und manchmal meldet sich sogar jemand aus einer ganz anderen Ecke: z.B. jemand, der aus der militanten linken Szene aussteigen will. In einem Dialog, den Peter Grimm gefilmt hat, tauscht sich Philip Schlaffer mit Irfan Peci aus, der als Rekrutierer für al-Qaida in Deutschland tätig war und dann enttarnt und verhaftet wurde. Es ist frappierend, wie viele Gemeinsamkeiten es gibt in jenen Gruppen, die im Namen ihrer jeweiligen Ideologie Böses tun, dabei aber glauben, dass sie ganz, ganz verschieden voneinander wären. Es ist ein Leben in Misstrauen, Missgunst und ständiger Angst vor Verrat. Und im Hass auf Flüchtlinge, Ungläubige oder Polizisten. In Grimms Film sagt Schlaffer an einer Stelle: „Immer nur hassen - das ist auf die Dauer so unglaublich anstrengend!“

## **Zivilisierung von Konflikten oder Radikalisierung von Emotionen: zwei Konzepte des Politikmachens**

Zu unserer grünen Identität gehören aber nicht nur Grundrechtsklarheit, Geschichtsbewusstsein und emotionale Intelligenz, sondern auch ein innerer Kompass bei der Orientierung im politischen System der Gegenwart - gewissermaßen eine angewandte politische Theorie. Denn es gibt, vor dem Hintergrund des oben Gesagten, eigentlich zwei Konzepte des Politikmachens. Zum einen die Radikalisierung von Emotionen wie bei NPD, Pegida, AfD und Identitärer Bewegung, aber auch bei so manchem „bürgerlichen“ Politiker, der glaubt, seine Zunge nicht zügeln zu müssen und mit dem Feuer spielen zu dürfen. Dass der US-Präsident Entertainer war und der britische Premierminister Boulevardjournalist, ist vermutlich kein Zufall.

Zum anderen gibt es das grüne Konzept des Politikmachens, nämlich das der Zivilisierung von Konflikten. Das ist zwar ein Begriff aus der Außenpolitik. Aber in einer so hässlichen Gegenwart wie der unsrigen passt er auch ganz gut auf die Innen- und Gesellschaftspolitik. Grundrechtsklar, mutig und entschlossen für Menschenrechte und Demokratie einzutreten, heißt keineswegs, radikal werden zu müssen. Umgekehrt bedeutet Radikalität nicht unbedingt politische Wirksamkeit. Radikalität heißt in der politischen Aktion meistens nicht, einem Übel an die Wurzeln zu gehen, sondern das Kind mit dem Bade auszuschütten. Unser Ziel kann es nicht sein, durch martialische Abwehr den Hass der Demokratiegegner zu vergrößern. Wir träumen nicht heimlich von einer militärischen Lösung des Rechtsextremismus-Problems. Sondern wir sehen selbst in extrem zugespitzten Situationen die Handelnden immer auch als Opfer, und in der gezielten Präventionsarbeit gehen wir davon aus, dass sie potenziell lernfähig sind. Wir heißen „Bündnis 90 - Die Grünen“, weil wir an das Gewaltfreiheitsethos der

DDR-Bürgerrechtsbewegung anknüpfen, der es gelungen ist, einen bis an die Zähne bewaffneten Polizeistaat zum sanften Einsturz zu bringen, ohne dass ein Schuss gefallen ist. Das Blutvergießen war, wie wir heute wissen, sehr nahe, aber es konnte durch die eiserne Selbstdisziplin der Demonstranten vermieden werden.

Es ist also eine Frage der politischen Vernunft, nicht radikal zu sein. Radikalität speist sich meistens aus überschäumender Emotion und führt in der Konfrontation mit dem politischen Gegner zur Rücksichtslosigkeit. „Rücksichtslos“ ist übrigens ein Lieblingswort in Hitlers „Mein Kampf“. Wir sind nie für „mitleidlose Härte“, auch im Kampf gegen Nazis nicht, sondern für akkurat rechtsstaatliche Verfahren, in denen auch ihnen die Menschenrechte nicht aberkannt werden. Nachdenklich werden sie in ihrem Hass auf den Staat, wenn überhaupt, nicht durch unsere Ungerechtigkeit, sondern durch unsere Gerechtigkeit. Auf seinem Youtube-Kanal konfrontiert Philip Schlaffer seine teilweise rechtslastige Zuhörergemeinde mit der Frage, ob gegen brutale Kindermörder nicht außergewöhnliche Maßnahmen - z.B. durch Lynchjustiz in der Haft - gerechtfertigt seien. Er fragt das, um sie auf diese Weise hinsichtlich ihrer Rachephantasien von einem verdienten qualvollen Tod des Täters nachdenklich zu machen.

Rechtsstaatliche Eindeutigkeit ist für uns Grüne also mit der Verteidigung der politischen Vielfalt und des Lebensstilpluralismus sehr gut vereinbar. Unsere Bereitschaft als Grüne, die streitbare Demokratie gegen Extremisten wirksam werden zu lassen und dabei auch die Mittel des Rechtsstaats anzuwenden, gehört zu unserem Verständnis von Liberalität. Natürlich wird es in einer liberalen Demokratie immer Konflikte um Interessen geben, und genauso auch Diskussionen über die Abwägung von Verfassungsgütern. Dabei steht eine Partei immer gut da, wenn sie öffentlich nachdenkt und sich nicht einer blinden, mechanischen Parteilichkeit verschreibt. Das erwarten die Leute von uns: dass wir differenzieren. Darin liegt auch ein wichtiger Unterschied zwischen uns und der Linkspartei mit ihrem ausgesprochenen Hang zur populistischen Vereinfachung.

Wenn die Wogen der gesellschaftlichen Auseinandersetzung höher schlagen, dann ist es unsere Aufgabe als Grüne, dafür zu sorgen, dass sie mit zivilen und humanen Mitteln ausgetragen wird. Und wir müssen all denjenigen entgegentreten, die in Ziel oder Methode den gesellschaftlichen Zusammenhalt untergraben wollen. Das können wir aber nur glaubwürdig tun, wenn wir selber andere als zivile und humane Mittel bewusst *nicht* anwenden. Wer glaubt, sich über das Gesetz stellen zu dürfen, ist nicht unser politischer Partner - weder auf dieser noch auf der anderen Seite der Barrikade. Die breite Zustimmung für die großen Hamburger Demonstrationen im letzten Jahr beruhte nicht zuletzt auf ihrer Friedlichkeit, das heißt auch: ihrer Hassfreiheit.

Wenn nun in Bergedorf und Lohbrügge die Nazis ausgerechnet am 1. Mai aufmarschieren wollen, dann gilt für uns, unser Versammlungsrecht laut Grundgesetz wahrzunehmen, „friedlich und ohne Waffen“ (Art. 8), aber dazu nachdrücklich zu mobilisieren, mit dem trotzigem Slogan „Wir sind mehr“. In Zeiten wie heute gilt nun mal: Demonstrieren ist die erste Bürgerpflicht.